8A6LniQo

POLITIK *kompakt*

Deniz Yücel muss in Haft bleiben

ISTANBUL Der Einspruch gegen den Haftbefehl gegen den „Welt"-Korrespondenten Deniz Yücel ist von einem türkischen Gericht abgelehnt worden. Das bestätigte Veysel Ok, ein Anwalt Yücels gestern. Die Berichterstattung Yücels könne „nicht als Journalismus oder im Rahmen der Pressefreiheit interpretiert werden", hieß es zur Begründung des Richters. Vor über zwei Wochen hatte ein Haftrichter in Istanbul Untersuchungshaft für Yücel angeordnet. Diese kannfünf Jahre dauern. Ihm wird Propaganda für eine terroristische Vereinigung und Volksverhetzung vorgeworfen.

Seehofer will das G9 zurück

MÜNCHEN Im CSU-internen Streit über die Zukunft des Gymnasiums will Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) nun persönlich den Weg zurück zum Abitur nach neun Jahren (G9) klarmachen. Das Kabinett setzte einen Kabinettsausschuss ein, der ausdrücklich auf ein G9 hinarbeiten soll – mit einer „Überholspur" für Schüler, die das Abitur auch weiterhin nach acht Jahren ablegen wollen.

Snowden: Forderung abgewiesen

KARLSRUHE Der Bundesgerichtshof hat die Forderung von Oppositionspolitikern im Bundestag abgewiesen, den Whistleblower und frühere US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden in Deutschland zu vernehmen. Die beiden Vertreter von Linken und Grünen im NSA-Untersuchungsausschuss repräsentierten nicht das dafür notwendige Viertel der Bundestagsabgeordneten, heißt es in dem gestern veröffentlichten Beschluss.

Glyphosat nicht krebserregend?

HELSINKI Ein neues Gutachten stuft den Unkrautvernichter Glyphosat nicht als krebserregend ein. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse erfüllten nicht die Kriterien, um Glyphosat als krebserregend zu bewerten, hieß es in dem Gutachten der europäischen Chemikalienagentur Echa. Glyphosat steht im Verdacht, Krebs zu erregen. Die Risiken sind umstritten.

Grüne verhindern CSU-Eskalation

MÜNCHEN Die Landtags-Opposition hat die endgültige Eskalation im Machtkampf zwischen Ministerpräsident Horst Seehofer und seiner CSU-Fraktion verhindert – vorläufig jedenfalls. Auf Antrag der Grünen beschloss der Innenausschuss gestern einstimmig eine Expertenanhörung über die von der CSU-Fraktion angepeilte Änderung des Kommunalwahlrechts. Damit wurde die Entscheidung über das hoch umstrittene Thema vertagt, vermutlich um mehrere Monate.

Keine neuen Schulden möglich

BERLIN Die künftige Bundesregierung kann nach Aussage von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) auch in den nächsten Jahren ohne neue Schulden auskommen. Ob dies tatsächlich gelinge, hänge von Beschlüssen der künftigen Parlamentsmehrheit ab. Zuvor hatte das Kabinett die Eckwerte für den Etatentwurf für 2018 und den Finanzplan bis 2021 beschlossen. Um die „Schwarze Null" zu halten, muss die neue Regierung ein Etatloch von 4,9 Milliarden Euro stopfen – über zusätzliche Einnahmen oder Ausgabenkürzungen.

Explosive Post im Finanzministerium

Im Bundesfinanzministerium in Berlin ist gestern in der Poststelle ein gefährliches Paket mit einem explosiven Gemisch entdeckt worden. Das Blitzknallgemisch hätte beim Öffnen zu erheblichen Verletzungen führen können, so die Polizei.

Das Paket war am Vormittag entdeckt worden. Ob das Paket an Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) adressiert war, wollte die Polizei nicht sagen.

Laut Polizei kann der entdeckte Stoff zur Herstellung von Pyrotechnik verwendet werden. Nach dem Fund mussten Mitarbeiter die Poststelle und umliegende Räume des Hauses umgehend verlassen.

Mitarbeiter der Poststelle hatten das Paket geröntgt und einen verdächtigen Gegenstand festgestellt. Spezialisten des Kriminaltechnischen Instituts untersuchten das Paket daraufhin.

„Platzt der Pakt, ist das ein Risiko für beide Seiten"

Ein Flüchtlingsboot erreicht im März 2016 Lesbos. Solche Bilder könnte sich Präsident Erdogan für sein umstrittenes Referendum zunutze machen. F: dpa

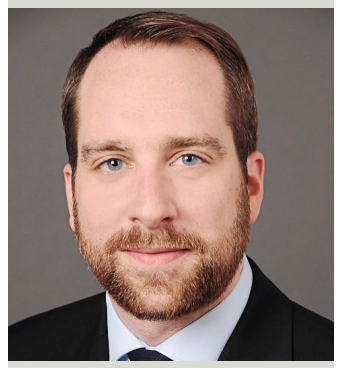
Die Türkei droht Europa immer schärfer mit der Kündigung des Flüchtlings-Abkommens. Ein Experte erklärt, was dann geschehen würde

AZ: Herr Schulz, wie realistisch ist es, dass die Türkei den Flüchtlingspakt mit der EU tatsächlich platzen lässt?
LUDWIG SCHULZ: Durchaus realistisch. Darauf deuten ja die verschiedenen Äußerungen Präsident Erdogans und ranghoher Minister hin.

Was verspricht man sich in Ankara davon?
Dass die europäische Seite durch die Aufkündigung zu irrationalen, antitürkischen Reaktionen gezwungen wird. Dann kann Erdogan sich weiter als Verteidiger der Türkei präsentieren und um Zustimmung für die Verfassungsänderung und für den Ausbau seiner Führungsmacht werben. Außerdem kann die türkische Regierung die Bilder und Nachrichten gut verwerten, wenn sich Flüchtlinge wieder auf den Weg machen, wenn sich Flüchtlinge wieder in Gefahr begeben – und Europa, das seinen humanitären Verpflichtungen aus dem Flüchtlingspakt nicht nachgekommen ist, schaut zu.

Wie ist es denn um die Einhaltung des Paktes bestellt?
Es war ausgemacht, dass Europa für jeden illegal auf eine griechische Insel eingereisten Flüchtling, den die Türkei wieder zurücknimmt, einen Syrer aus den türkischen Flüchtlingslagern übernimmt. Das hat bislang nur sehr, sehr schleppend funktioniert. Es wurden 900 Illegale in die Türkei zurückgeschickt – und umgekehrt sind etwa ebenso viele Syrer nach Europa gekommen. Die Zahlen waren eigentlich viel höher angesetzt. Aber die griechischen Behörden auf den Inseln machen nicht mit: Es fehlt an Beamten für die Bearbeitung der Asylverfahren oder die Gerichte sagen, die Türkei ist kein sicheres Herkunftsland für Flüchtlinge, wir können sie nicht zurückschicken. Und die Europäer haben sich nicht bereit erklärt, mehr syrische Flüchtlinge aus den Lagern aufzunehmen. Auch hinsichtlich der vereinbarten Visa-Erleichterungen für Türken geht nichts voran, auch weil Ankara nicht gewillt ist, alle Bedingungen dafür zu erfüllen, vor allem das zu allgemeine Antiterrorgesetz zu präzisieren.

AZ-INTERVIEW
mit
Ludwig Schulz



Der Wissenschaftler ist Türkei-Experte am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) der LMU.

Aber die versprochenen vier Milliarden sind geflossen?
Etwa eine Milliarde fließt seit Jahreswechsel an Organisationen, die sich um Geldkarten kümmern, mit denen mittellose Flüchtlinge einkaufen können. Auch verschiedene andere Projekte, etwa der Bau von Schulen, sind ganz gut angelaufen. Allerdings funktioniert alles langsam und schleppend. Dementsprechend sind die vier Milliarden, die bis Ende des Jahres bezahlt werden sollten, noch nicht ausgeschüttet.

Würden sich wirklich 2,6 Millionen Menschen in Richtung Europa in Bewegung setzen, wenn Ankara ernst macht?
Ich habe mit Migrationsforschern in der Türkei gesprochen, die Untersuchungen in den dortigen Flüchtlingsgemeinden durchgeführt haben und zu dem Ergebnis gekommen sind, dass die Bereitschaft von vielen, nach Europa zu gehen, nicht sehr ausgeprägt ist. Das heißt: Dieses Bedrohungsszenario ist wissenschaftlich nicht eindeutig zu belegen.

Warum nicht?
Viele Syrer, Iraker oder Afghanen wollen gar nicht nach Europa. Sie wollen diese gefährliche Reise nicht auf sich nehmen – zumal die Bilder aus Idomeni auch bei den Migranten in der Türkei angekommen sind. Außerdem wollen vor allem die Syrer in der Nähe ihrer Heimat bleiben, um gegebenenfalls zurückzukehren.

Wie würde eine Grenzöffnung konkret aussehen?
Es gibt zwei Möglichkeiten: Was die Seegrenze betrifft, kann die türkische Küstenwache wegsehen, wenn sich Boote in Bewegung setzen – und sobald diese europäische Gewässer erreichen, sind die Europäer zuständig. An der Landgrenze zu Bulgarien gibt es mittlerweile einen Grenzzaun. Hier kann es sein, so hat es Erdogan einmal angekündigt, dass ausreisewillige Migranten in Busse gesetzt, zur Grenze gefahren werden und die türkische Seite verlassen dürfen. Allerdings warten dann gegenüber die bulgarischen oder auch die griechischen Grenzer – und lassen die Leute nicht rein.

Die Flüchtlinge würden also im Niemandsland stranden.
Ja. Die Bilder von dort würden dann zwar auch auf die türkische Seite zurückfallen, weil die Bevölkerung sie kritisch aufnehmen würde. Aber die Regierung würde vermutlich alles daran setzen, den Fall so darzustellen, dass die Europäer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Es ist ein Vabanquespiel, ein Risiko für beide Seiten.

Interview: Natalie Kettinger

Jetzt auch Nazi-Vorwürfe im Netz

Es sind wohl Erdogan-Fans, die viele Twitter-Konten hacken und Hass-Posts gegen Deutschland absetzen. Die Bundesregierung droht mit Einreiseverboten

Angesichts aggressiver Attacken der türkischen Führung in Richtung Deutschland droht die Bundesregierung nun mit einem Einreiseverbot für türkische Spitzenpolitiker.

Deutschland habe völkerrechtlich die Befugnis, die Einreise ausländischer Regierungsmitglieder zu unterbinden, sagte Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU). „Ein Einreiseverbot wäre das letzte Mittel. Das behalten wir uns vor." Deutschland stoppte gestern außerdem ein wirtschaftliches Hilfspaket für die Türkei.

Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan zeigte sich von alledem unbeeindruckt: „Der Geist des Faschismus geht um in den Straßen Europas."

Am 16. April stimmen die Türken in einer Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung für ein Präsidialsystem ab (AZ berichtete). Die Bundesregierung genehmigte gestern die Abstimmung auch hierzulande. Im Bundesgebiet werden dazu 13 Wahllokale für die rund 1,4 Millionen Wahlberechtigten eingerichtet. Die Abstimmung soll in Deutschland schon vom 27. März bis zum 9. April stattfinden.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amts sagte gestern, dass die Stimmabgabe in allen elf Generalkonsulaten in Deutschland möglich sein wird, also in Berlin, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, Karlsruhe, Mainz, München und Münster. Außerdem wird es auch in Dortmund sowie in Nürnberg Wahllokale geben.

Der Streit um die Wahlkampfauftritte zieht sich mittlerweile auch ins Netz: Hacker (mutmaßlich Erdogan-Fans) haben Twitter-Konten mit Nazi-Vorwürfen gegen Deutschland und die Niederlande geflutet. Betroffen waren unter anderem die Twitter-Auftritte von Borussia Dortmund, der Tennis-Legende Boris Becker, des FC-Bayern-Spielers Javi Martínes oder Amnesty International.

Prominente und auch Amnesty International sind Opfer der Hacker-Attacke. Fotos: Twitter